S 40 AS 658/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Grundsicherung für Arbeitsuchende - Einkommensberücksichtigung und -berechnung - Vorauszahlungen auf Arbeitsentgelt - Absetzbeträge bei Erwerbstätigkeit - Monatsprinzip
Leitsätze	Bei als Einkommen zu berücksichtigenden Vorauszahlungen auf Arbeitsentgelt sind für den Monat des Zuflusses Absetzbeträge bei Erwerbstätigkeit in Abzug zu bringen, selbst wenn eine Abrechnung erst im Folgemonat erfolgt.
Normenkette	SGB II § 11 Abs 1 S 1 ; SGB II § 11b Abs 1 S 1 Nr 6 ; SGB II § 11b Abs 2 S 1 ; SGB II § 11b Abs 2 S 2 ; SGB II § 11b Abs 3

1. Instanz

Aktenzeichen	S 40 AS 658/16
Datum	06.11.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 AS 133/18
Datum	23.10.2020

3. Instanz

Datum	29.03.2022
-------	------------

Â

Auf die Revisionen der KlÄger wird das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 23.Â Oktober 2020 aufgehoben und die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts LÄbeck vom 6.Â November 2018 zurÄckgewiesen.

Der Beklagte hat auch die auÄergerichtlichen Kosten der KlÄger im Berufungs- und Revisionsverfahren zu erstatten.

Â

G r Ä¼ n d e :

I

Â

1

Die KlÄ¼ger wenden sich gegen die teilweise Aufhebung und Erstattung von AlgÄ II fÄ¼r den Monat Februar 2015. Im Streit ist, in welchem Umfang Vorabzahlungen auf Arbeitsentgelt als Einkommen zu berÄ¼cksichtigen sind.

Â

2

Die 1993 geborene KlÄ¼gerin zuÄ 1 lebte mit ihrem im Januar 2014 geborenen Sohn, dem KlÄ¼ger zuÄ 2, und dessen Vater S (im Folgenden: S) in einem gemeinsamen Haushalt. Die KlÄ¼gerin zuÄ 1 bezog nach der Geburt des Sohns Elterngeld, das sich im Februar 2015 auf 150Ä Euro belief, und sie erhielt fÄ¼r den KlÄ¼ger zuÄ 2 Kindergeld iHv monatlich 184Ä Euro. S war 2015 zunÄ¼chst ohne BeschÄ¼ftigung und Einkommen. Die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) fÄ¼r die gemeinsam bewohnte Wohnung betragen monatlich 618Ä Euro (383,50Ä Euro Bruttokaltmiete; 94,50Ä Euro Nebenkosten; 140Ä Euro Heizkosten).

Â

3

Auf den Fortzahlungsantrag vom 18.12.2014 bewilligte der Beklagte den KlÄ¼gern und S, ausgehend von einer Bedarfsgemeinschaft dieser drei Personen, AlgÄ II bzw Sozialgeld fÄ¼r die Zeit vom 1.2.2015 bis 31.7.2015 (*Bescheid vom 9.1.2015*). Unter BerÄ¼cksichtigung von Elterngeld und Kindergeld als Einkommen errechnete er im Einzelnen monatliche Leistungen fÄ¼r die KlÄ¼gerin zuÄ 1 und S iHv jeweils 546,87Ä Euro und fÄ¼r den KlÄ¼ger zuÄ 2 iHv 247,35Ä Euro.

Â

4

Anfang Februar 2015 teilte S dem Beklagten die Aufnahme einer befristeten ErwerbstÄ¼tigkeit ab dem 16.2.2015 mit. Laut seines Arbeitsvertrags betrug der Stundenlohn 10Ä Euro brutto, die VergÄ¼tung war spÄ¼testens am 15. des Folgemonats fÄ¼llig. Nach der Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers erzielte S im Februar 2015 ein Entgelt iHv 768,20Ä Euro brutto bzw 573,06Ä Euro netto. Auf diesen Verdienst erhielt er im Februar 2015 Vorabzahlungen iHv insgesamt

355Â Euro in bar (16.2.2015: 20Â Euro; 18.2.2015: 10Â Euro; 23.2.2015: 25Â Euro und 26.2.2015: 300Â Euro). Der Restbetrag iHv 218,06Â Euro wurde am 19.3.2015 seinem Konto gutgeschrieben.

Â

5

Nach verschiedenen Ãnderungsbescheiden, die den Bewilligungszeitraum ab 1.3.2015 betrafen, hob der Beklagte nach AnhÃngung der KlÃngerin zuÂ 1 â auch in ihrer Eigenschaft als Sorgeberechtigte des KlÃngers zuÂ 2Â â die Leistungsbewilligungen fÃr den Monat Februar 2015 teilweise auf (gegenÃber der KlÃngerin zuÂ 1 iHv 132,53Â Euro; gegenÃber dem KlÃnger zuÂ 2 iHv 59,95Â Euro) und machte gleichzeitig entsprechende ErstattungsansprÃche geltend (*Bescheid vom 21.3.2016; Widerspruchsbescheid vom 26.5.2016*). Bei der Berechnung berÃcksichtigte er die an S im Februar 2015 geleisteten Barzahlungen iHv 355Â Euro, abÃglich einer Versicherungspauschale von 30Â Euro, aber ohne Minderung um den Grundfreibetrag bei ErwerbstÃtigkeit und einen ErwerbstÃtigenfreibetrag.

Â

6

Im Klageverfahren hat der Beklagte rÃckwirkend ab dem 1.1.2015 einen Mehrbedarf fÃr Warmwasser berÃcksichtigt (*Bescheid vom 4.8.2016*) und seine fÃr Februar 2015 geltend gemachten Erstattungsforderungen gegenÃber der KlÃngerin zuÂ 1 um 8,08Â Euro auf noch 124,45Â Euro und gegenÃber dem KlÃnger zuÂ 2 um 2,28Â Euro auf noch 57,67Â Euro reduziert (*Schreiben vom 19.8.2016*). Die KlÃnger haben das Teilanerkennntnis angenommen und vor dem SG noch beantragt, den streitbefangenen Bescheid fÃr den Monat Februar 2015 teilweise insoweit aufzuheben, als der gegenÃber der KlÃngerin zuÂ 1 aufgehobene und von ihr zu erstattende Betrag 75,21Â Euro und der gegenÃber dem KlÃnger zuÂ 2 aufgehobene und von ihm zu erstattende Betrag 35,15Â Euro Ãbersteigt.

Â

7

Das SG hat unter Zulassung der Berufung den angefochtenen Bescheid antragsgemÃ aufgehoben (*Urteil vom 6.11.2018*). Die Zahlungen an S im Monat Februar 2015 stellten Einkommen aus einer ErwerbstÃtigkeit dar und deshalb seien bereits im Februar 2015 die FreibetrÃge bei ErwerbstÃtigkeit nach [Â 11b Abs 1 Satz 1 Nr 6, Abs 2 und Abs 3 SGB II](#) abzusetzen.

Â

8

Auf die Berufung des Beklagten hat das LSG das Urteil des SG aufgehoben und die Klage(n) abgewiesen (*Urteil vom 23.10.2020*). Zwar stellen entgegen der Auffassung des Beklagten Vorschusszahlungen auf Arbeitsentgelt laufendes Erwerbseinkommen dar. Allerdings seien kein Grund- und Erwerbsteilnehmerfreibetrag zu berücksichtigen, denn es handle sich um Nettoeinkommen. Grund- und Erwerbsteilnehmerfreibetrag seien nur im Monat der Fälligkeit des Arbeitsentgelts, also hier im Monat März 2015, abzusetzen.

Ä

9

Mit ihren vom LSG zugelassenen Revisionen rügen die Kläger eine Verletzung von [§ 11b SGB II](#). Es sei auf das Monatsprinzip abzustellen. Wenn wie hier im Monat Februar 2015 Arbeitseinkommen erwirtschaftet und ausgezahlt werde, seien die Freibeträge nach [§ 11b Abs 2](#) und 3 SGB II zu berücksichtigen.

Ä

10

Die Kläger beantragen,
das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landesozialgerichts vom 23. Oktober 2020 aufzuheben und die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Lübeck vom 6. November 2018 zurückzuweisen.

Ä

11

Der Beklagte beantragt,
die Revisionen zurückzuweisen.

Ä

12

Er hält die angefochtene Entscheidung für zutreffend.

Ä

II

Ä

13

Die zulässigen Revisionen der Kläger sind begründet ([Â§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG](#)). Das Urteil des LSG ist aufzuheben und die Berufung des Beklagten zurückzuweisen. Das SG hat zu Recht die Verwaltungsakte des Beklagten wie beantragt teilweise aufgehoben.

Â

14

Gegenstand der Revisionsverfahren sind neben den Entscheidungen der Vorinstanzen der Bescheid vom 21.3.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescdeids vom 26.5.2016 und in der Fassung des angenommenen Teilerkenntnisses vom 19.8.2016. Zulässigerweise machen die Kläger ihr Begehren mit einer (isolierten) Teilerkenntnisklage ([Â§ 54 Abs 1 Satz 1 Alt 1 SGG](#)) geltend, zeitlich begrenzt auf den Monat Februar 2015 und sachlich darauf beschränkt, dass die Leistungsbewilligungen gegenüber der Klägerin zu 1 in Höhe eines Betrags von mehr als 75,21 Euro und gegenüber dem Kläger zu 2 in Höhe eines Betrags von mehr als 35,15 Euro aufgehoben und eine entsprechende Erstattung verlangt wurden. Diese zeitlichen und sachlichen Beschränkungen sind wegen der insoweit bestehenden Teilbarkeit der Verwaltungsakte statthaft.

Â

15

Rechtsgrundlage für die Aufhebungsverfahren ist [Â§ 40 Abs 2 Nr 3 SGB II](#) iVm [Â§ 330 Abs 3 Satz 1 SGB III](#) und [Â§ 48 Abs 1 Satz 2 Nr 3 SGB X](#). Soweit in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen, die beim Erlass eines Verwaltungsakts mit Dauerwirkung vorgelegen haben, eine wesentliche Änderung eintritt, ist der Verwaltungsakt mit Wirkung für die Zukunft aufzuheben ([Â§ 48 Abs 1 Satz 1 SGB X](#)); er soll ua dann mit Wirkung vom Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse auch rückwirkend aufgehoben werden, soweit nach Antragstellung oder Erlass des Verwaltungsakts Einkommen oder Vermögen erzielt worden ist, das zum Wegfall oder zur Minderung des Anspruchs geführt haben würde ([Â§ 48 Abs 1 Satz 2 Nr 3 SGB X](#)). Ergänzend regelt [Â§ 330 Abs 3 Satz 1 SGB III](#), der gemäß [Â§ 40 Abs 2 Nr 3 SGB II](#) entsprechend anwendbar ist, dass der Verwaltungsakt mit Wirkung vom Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse aufzuheben ist, wenn die in [Â§ 48 Abs 1 Satz 2 SGB X](#) genannten Voraussetzungen vorliegen, also stets eine gebundene und keine Ermessensentscheidung zu ergehen hat.

Â

16

Hier ist nach der Leistungsbewilligung durch einen Verwaltungsakt mit Dauerwirkung vom Januar 2015, der den Bewilligungsabschnitt ab Februar 2015 betraf, im Februar 2015 eine wesentliche Änderung in den Verhältnissen der

Kläger eingetreten. S hat eine Erwerbstätigkeit aufgenommen und bereits im Februar Einkommen iS des [Â§Â 11 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) erzielt, das leistungsmindernd zu berücksichtigen war.

Â

17

Rechtsgrundlage der Leistungsansprüche für den hier allein streitbefangenen Monat Februar 2015 sind [Â§Â 19 iVm Â§Â 7Â ff](#) und [Â§Â 20Â ff SGBÂ II](#) (*in der ab 1.1.2015 geltenden Gesetzesfassung vom 28.7.2014, BGBl I 1306*). Die Klägerin zuÂ 1 erfüllte die Anspruchsvoraussetzungen für AlgÂ II ([Â§Â 7 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#)). Sie hatte die Altersgrenze des [Â§Â 7a SGBÂ II](#) noch nicht erreicht, war erwerbsfähig, dem Grunde nach hilfebedürftig und hatte ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Der Kläger zuÂ 2 konnte Sozialgeld beanspruchen, denn er gehörte als Kind einer der in [Â§Â 7 AbsÂ 3 NrÂ 1 bis 3 SGBÂ II](#) genannten Personen nach [Â§Â 7 AbsÂ 3 NrÂ 4 SGBÂ II](#) zur Bedarfsgemeinschaft, weil das zu berücksichtigende Kindergeld ([Â§Â 11 AbsÂ 1 SatzÂ 4 SGBÂ II aF](#)) nicht vollständig bedarfsdeckend war. Weiteres Mitglied der Bedarfsgemeinschaft war zudem gemäß [Â§Â 7 AbsÂ 3 NrÂ 3 BuchstÂ c SGBÂ II](#) der im gleichen Haushalt lebende S, Partner der Klägerin zuÂ 1 und Vater des Klägers zuÂ 2 (*Einstands- und Verantwortungsgemeinschaft nach [Â§Â 7 AbsÂ 3a NrÂ 2 SGBÂ II](#)*).

Â

18

Die Kläger waren indessen im Februar 2015 in einem höheren Umfang hilfebedürftig, als dies der Beklagte im Rahmen der Aufhebungs- und Erstattungsverfahren zugrunde gelegt hat. Hilfebedürftig ist nach [Â§Â 9 AbsÂ 1 SGBÂ II](#) ua, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann. Bei Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft leben, sind nach [Â§Â 9 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) auch das Einkommen und Vermögen des Partners zu berücksichtigen. Das von S im Februar 2015 erzielte Einkommen war deshalb zwar grundsätzlich zu berücksichtigen, allerdings in geringerer Höhe.

Â

19

Entgegen der Auffassung des LSG sind bei Vorauszahlungen auf Arbeitsentgelt in dem Monat, in dem diese zufließen, auch die Absetzbeträge bei Erwerbstätigkeit in Abzug zu bringen, selbst wenn eine Abrechnung erst im Folgemonat erfolgt. Nach [Â§Â 11 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ II](#) sind Einnahmen in Geld abzüglich der nach [Â§Â 11b SGBÂ II](#) abzusetzenden Beträge mit Ausnahme der in [Â§Â 11a SGBÂ II](#) genannten Einnahmen als Einkommen zu berücksichtigen. Es

ist vom tatsächlichen Zufluss auszugehen, es sei denn, rechtlich wird ein anderer Zufluss als maßgeblich bestimmt (*modifizierte Zuflusstheorie; stRspr; siehe nur BSG vom 30.7.2008* [BÄ 14 AS 26/07 RÄ](#) *â* [SozR 4â 4200 Â§ 11 NrÄ 17 RdNrÄ 23](#); *BSG vom 23.8.2011* [BÄ 14 AS 185/10 RÄ](#) *â* [SozR 4â 4200 Â§ 11 NrÄ 42 RdNrÄ 10](#); *zuletzt BSG vom 5.8.2021* [BÄ 4 AS 83/20 RÄ](#) *â* [SozR 4â 4200 Â§ 11 NrÄ 90 RdNrÄ 17](#); *BSG vom 11.11.2021* [BÄ 14 AS 41/20 RÄ](#) *â* [SozR 4â 4200 Â§ 11b NrÄ 14 RdNrÄ 19](#)). Dabei sind laufende Einnahmen in dem Monat zu berücksichtigen, in dem sie zufließen ([Â§ 11 Abs 2 Satz 1 SGB II](#)).

Ä

20

Neben dem laufend monatlich zugeflossenen Erziehungsgeld und dem Kindergeld war auch das S im Februar ausgezahlte Arbeitsentgelt (355 Euro) als laufende Einnahme aus einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit bereits im Februar zu berücksichtigen. Dass es sich bei dieser Geldeinnahme um Vorabzahlungen auf die erste abzurechnende Arbeitsentgeltzahlung handelte, ist für die Einordnung als laufende Einnahme ohne Bedeutung, denn Rechtsgrund war der Arbeitsvertrag, der regelmäßig zu erbringende Zahlungen vorsah (*vgl zur Abgrenzung gegenüber Einmalzahlungen BSG vom 24.4.2015* [BÄ 4 AS 32/14 RÄ](#) *â* [SozR 4â 4200 Â§ 11 NrÄ 72 RdNrÄ 16 ff](#)).

Ä

21

Von diesem im Februar 2015 zugeflossenen Arbeitsentgelt war allerdings nicht die Versicherungspauschale nach [Â§ 6 Abs 1 Nr 2 Alg II-V iHv 30 Euro](#) abzusetzen, wie Beklagte und LSG es angenommen haben, sondern stattdessen ein Grundfreibetrag von 100 Euro nach [Â§ 11b Abs 2 Satz 1 SGB II](#) und der weitere Erwerbstätigenfreibetrag nach [Â§ 11b Abs 1 Satz 1 Nr 6 iVm Abs 3 SGB II](#). Dies ergibt sich aus den Normen, die in der Grundsicherung für Arbeitsuchende *â* auch bezogen auf die Einkommensberücksichtigung und *â* bereinigung *â* das Monatsprinzip konstituieren.

Ä

22

Nach [Â§ 11b Abs 1 Nr 3 bis 5 SGB II](#) sind vom Einkommen ua Beiträge zu Versicherungen (*Nr 3*), geförderte Altersvorsorgebeiträge (*Nr 4*) und mit der Erzielung des Einkommens verbundene notwendige Ausgaben (*Nr 5*) abzusetzen. [Â§ 11b Abs 2 Satz 1 SGB II](#) bestimmt ergänzend, dass bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die erwerbstätig sind, anstelle der Beiträge nach [Â§ 11 Abs 1 Satz 1 Nr 3 bis 5 SGB II](#) ein Betrag von insgesamt 100 Euro monatlich (Grundfreibetrag) abzusetzen ist. Abzusetzen ist ferner nach [Â§ 11b Abs 1 Nr 6](#)

[SGBÄ II fÄ¼r Erwerbstätige ein Betrag nach ÄÄ 11 AbsÄ 3 SGBÄ II](#) (sogenannter Erwerbstätigenfreibetrag). [ÄÄ 11b AbsÄ 3 SatzÄ 1 SGBÄ II](#) sieht vor, dass bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die erwerbstätig sind, von dem monatlichen Einkommen aus Erwerbstätigkeit ein weiterer Betrag abzusetzen ist. Dieser beläuft sich fÄ¼r den Teil des monatlichen Einkommens, das 100Ä Euro Ä¼bersteigt und nicht mehr als 1000Ä Euro betrÄgt, auf 20Ä Prozent ([ÄÄ 11b AbsÄ 3 SatzÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ II](#)).

Ä

23

Schon der Wortlaut der Regelungen stellt also auf das monatliche Einkommen ab, von dem monatlich AbzÄ¼ge vorzunehmen sind, und macht deutlich, dass auch bezogen auf die AbsetzbetrÄge bei Erwerbstätigkeit strikt dem (Kalenderâ) Monatsprinzip Rechnung zu tragen ist.

Ä

24

Auch aus systematischen GrÄ¼nden sind Ausgaben in dem Monat vom zugeflossenen Einkommen abzusetzen, in dem sie abflieÄen (vgl. nur BSG vom 24.8.2017 âÄ [BÄ 4Ä AS 9/16 RÄ](#) â SozR 4â4200 ÄÄ 11b NrÄ 10 RdNrÄ 31; BSG vom 11.11.2021 âÄ [BÄ 14Ä AS 41/20Ä RÄ](#) â SozR 4â4200 ÄÄ 11b NrÄ 14 RdNrÄ 23; Hengelhaupt in Hauck/Noftz, SGBÄ II, KÄ ÄÄ 11b RdNrÄ 47, Stand September 2021; Schmidt in Eicher/Luik/Harich, SGBÄ II, 5.Ä Aufl 2021, ÄÄ 11b RdNrÄ 9Ä f; vgl. auch Geiger in LPK-SGBÄ II, 7.Ä Aufl 2021, ÄÄ 11b RdNrÄ 67). Wenn Einkommen aus Erwerbstätigkeit zuflieÄt und âÄ mangels abweichender normativer Zurechnung zu einem anderen Monat, wie etwa bei einmaligen Einnahmen im Falle des [ÄÄ 11 AbsÄ 3 SatzÄ 2 SGBÄ II](#) (ab 1.8.2016: [ÄÄ 11 AbsÄ 3 SatzÄ 2 SGBÄ II](#))Ä â zu berÄ¼cksichtigen ist, sind in diesem Monat auch die AbsetzbetrÄge in Abzug zu bringen. Dem Zuflussprinzip steht als Gegenpol ein âAbflussprinzipâ gegenÄ¼ber. Im systematischen Gleichklang mit dem Zuflussprinzip ist auch das Abflussprinzip normativen Modifizierungen zugÄnglich. Eine solche liegt vor, wenn das Gesetz den Abzug pauschaler FreibetrÄge anstelle tatsÄchlicher Aufwendungen vorsieht. Diese FreibetrÄge sind dann im Monat des Zuflusses beachtlich.

Ä

25

Sinn und Zweck sowohl des Grundfreibetrags als auch des Erwerbstätigenfreibetrags stehen damit im Einklang. Der Grundfreibetrag zielt zum einen darauf ab, den erwerbstätigen LeistungsempfÄnger durch die Pauschalisierung vom Nachweis typischer âÄ auch erwerbsunabhÄngigerÄ â Kosten zu entlasten und damit zusÄtzlich zur Verwaltungsvereinfachung

beizutragen. Dieser Freibetrag soll zudem, ebenso wie der besondere Erwerbstatigenfreibetrag, einen finanziellen Anreiz zur Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstatigkeit schaffen, auch wenn diese nicht bedarfsdeckend ist (*stRspr*; zuletzt BSG vom 17.9.2020 [âĀĀĀ BĀ 4Ā AS 3/20Ā R](#) [Ā ĀĀĀ SozR 4ĀĀĀ4200 ĀĀĀ 11a NrĀ 5 RdNrĀ 21 mwN](#); vgl auch Hengelhaupt in Hauck/Noftz, SGBĀ II, KĀ ĀĀĀ 11b RdNrĀ 88 mwN, Stand September 2021). Beide Ziele hĀngen nicht davon ab, ob das zu berĀĀcksichtigende Erwerbseinkommen vom Arbeitgeber bereits vollstĀndig abgerechnet ist, wenn es zur Auszahlung kommt, oder ob es vorab und nur als Teilbetrag erbracht wird.

Ā

26

Eine BerĀĀcksichtigung der FreibetrĀge schon bei Vorabzahlungen deckt sich mit dem Zweck, einen Anreiz fĀr eine Erwerbstatigkeit zu schaffen. Nach dem Gesamtzusammenhang der bindenden ([ĀĀ 163 SGG](#)) Feststellungen des LSG ist hier von Vorschuss- oder Abschlagszahlungen auszugehen. Solche Zahlungen sind Vorauszahlungen auf noch nicht verdientes oder noch nicht fĀlliges Arbeitsentgelt (*vgl dazu und zum Folgenden nur BAG vom 21.1.2015* [ĀĀĀĀ 10Ā AZR 84/14Ā](#) [ĀĀĀ BAGE 150, 286](#) = [Ā AP NrĀ 8 zu ĀĀĀ 92 HGB RdNrĀ 21](#); Linck in Schaub, *Arbeitsrechtshandbuch*, 19.Ā Aufl 2021, [ĀĀĀ 70 RdNrĀ 11Ā ff](#); Griese in KĀttner, *Personalbuch 2022, Vorschuss RdNrĀ 1Ā ff*). Ein gesetzlicher Anspruch auf VorschĀsse und Abschlagszahlungen besteht nicht, denn nach [ĀĀĀ 614 SatzĀ 2 BGB](#) ist eine VergĀtung, die nach Zeitabschnitten bemessen ist, (erst) nach dem Ablauf dieses Zeitabschnitts zu entrichten. Wird also ein Vorschuss oder eine Abschlagszahlung geleistet, beruht dies auf einer besonderen vertraglichen Absprache der Arbeitsvertragsparteien, die den Arbeitnehmer begĀnstigt, weil er frĀher Āber Entgelt verfĀgen kann. Die Anreizfunktion der FreibetrĀge wĀrde reduziert, wenn sie bei VorschĀssen oder AbschlĀgen auf Arbeitslohn fĀr eine Erwerbstatigkeit nicht berĀĀcksichtigt werden dĀrften.

Ā

27

Ob anderes gelten kann, wenn nicht von einer Vorauszahlung auf Arbeitsentgelt sondern von einem Arbeitgeberdarlehn (*gegen eine BerĀĀcksichtigung von ErwerbstatigenfreibetrĀgen in diesem Fall St. Schmidt in Eicher/Luik/Harich, SGBĀ II, 5.Ā Aufl 2021, ĀĀĀ 11b RdNrĀ 36) auszugehen ist, oder wenn Anhaltspunkte fĀr eine rechtsmissbrĀuchliche Gestaltung der ZahlungsmodalitĀten bestehen, kann der Senat offenlassen. FĀr beides besteht nach den fĀr den Senat bindenden Feststellungen des LSG kein Anhaltspunkt.*

Ā

28

Für eine dem Verhältnis der Zahlungen entsprechende anteilige Aufteilung der Freibeträge auf die Monate der Zahlung und der Abrechnung (*in diesem Sinne SG Halle vom 9.6.2015* [SÄ 7 AS 2305/13](#) *juris RdNr 39 ff; Thörlinger LSG vom 30.1.2019* [LÄ 4 AS 30/16](#) *juris RdNr 44; zustimmend St. Schmidt in Eicher/Luik/Harich, SGB II, 5. Aufl 2021, Â 11b RdNr 36*) besteht im Hinblick auf das Monatsprinzip weder ein normativer Ansatzpunkt noch ein aus Sinn und Zweck der Regelungen ableitbares Bedürfnis (*vgl LSG Baden-Württemberg vom 18.1.2017* [LÄ 2 AS 3148/16](#) *juris RdNr 55 ff; Geiger in LPK-SGB II, 7. Aufl 2021, Â 11b RdNr 67*). Ohnehin wäre die praktische Umsetzung einer solchen Aufteilung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, denen im Rahmen der Massenverwaltung kaum angemessen Rechnung getragen werden könnte.

Ä

29

Es erschließt sich zudem nicht, wovon das LSG aber ausgeht, dass bei einer Vorabzahlung der Zahlbetrag auf einen Bruttobetrag hochgerechnet werden müsste, weil vom Zahlbetrag keine Abzüge vorgenommen wurden. Im Gesetzeswortlaut ist stets nur allgemein von Einkommen die Rede. Eine Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettoeinkommen findet sich nicht. Â 2 Abs 1 Alg II-V bestimmt zwar, dass bei der Berechnung des Einkommens aus nichtselbstständiger Arbeit von den Bruttoeinnahmen auszugehen ist. Die Vorschrift enthält allerdings keine nähere Definition dessen, was darunter zu verstehen ist, und erst recht keinen Hinweis darauf, ob und auf welche Weise eine Hochrechnung auf einen Bruttobetrag vorgenommen werden muss. Deshalb ist in Â 2 Abs 1 Alg II-V allein eine der Logik und Systematik der Anrechnungsbestimmung des [Â 11b SGB II](#) iVm [Â 11 Abs 1 Satz 1 SGB II](#) entsprechende Klarstellung zu sehen, dass steuerrechtliche sowie in gleicher Weise (sozial-)versicherungsrechtliche Gesichtspunkte im Ausgangspunkt der Einkommensberücksichtigung keine Bedeutung haben. Die vom LSG angeführten verwaltungspraktischen Gründe gegen eine Absetzung der Freibeträge von Vorschussleistungen, die wie hier weder durch Steuerabzüge noch durch den Abzug von Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung gemindert sind, überzeugen deshalb nicht. Erfolgen solche Abzüge (zunächst) nicht, entsprechen die nach Â 2 Abs 1 Alg II-V maßgebenden Bruttoeinnahmen dem konkreten Auszahlungsbetrag. Bei nicht sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeiten dürfte das sogar die Regel sein. Anders als das LSG meint, sind im Übrigen bei Vorauszahlungen auf geschuldetes Arbeitsentgelt im Rahmen sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten trotz des heranzuziehenden Entstehungsprinzips nicht sofort Beiträge durch den Arbeitgeber zu erheben, sondern auch dann erst als Teil des Gesamtsozialversicherungsbeitrags ([Â 28e SGB IV](#)) in Form des Beitragsabzugs bei der Lohnabrechnung ([Â 28g SGB IV](#)), die die Vorschüsse berücksichtigt (*vgl nur Voelzke in Köttner, Personalbuch 2022, Vorschuss RdNr 22 unter Hinweis auf Schlegel in Köttner, Personalbuch 2022, Lohnzufluss RdNr 19 ff, mwN*).

Die Entscheidung des BSG vom 17.7.2014 ([BÂ 14Â AS 25/13Â R](#) âÂ BSGE 116.194 =Â SozR 4â4200 Â§Â 11 NrÂ 67) steht diesem Ergebnis nicht entgegen. FÃ¼r den besonderen Fall, dass einem Leistungsberechtigten mit nur einem BeschÃftigungsverhÃltnis innerhalb eines Monats in mehreren Monaten erarbeitetes Arbeitsentgelt zuflieÃt, hat das BSG angenommen, dass auch das weitere Einkommen um den Grundfreibetrag fÃ¼r jeden dieser Monate gesondert zu bereinigen, er also ggf mehrfach zu berÃ¼cksichtigen ist. Wesentliches BegrÃ¼ndungselement war dabei aber der Umstand, dass andernfalls mangels Zahlungseingangs der Freibetrag in einzelnen Monaten gar nicht hÃtte abgesetzt werden kÃ¶nnen (BSG vom 17.7.2014 âÂ [BÂ 14Â AS 25/13Â R](#) âÂ BSGE 116.194 =Â SozR 4â4200 Â§Â 11 NrÂ 67, RdNrÂ 15). So liegt der Fall aber gerade nicht, wenn Einkommen âÂ wie hier im streitbefangenen MonatÂ â tatsÃchlich zugeflossen ist. Denn dann besteht die fÃ¼r das BSG ausschlaggebende Gefahr, die mit den Freibetragsregelungen intendierte Anreizfunktion kÃ¶nne leerlaufen, nicht. Die Entscheidung zielt vielmehr darauf, in untypischen FÃllen (Doppelabrechnung in einem einzigen Monat) Nachteile fÃ¼r den LeistungsempfÃnger abzuwenden. Dieser Rechtsprechung ist indessen nicht zu entnehmen, dass auch in dem hier vorliegenden Fall eines Einkommenszuflusses im Monat der ErwerbstÃtigkeit kein Freibetrag anzurechnen sein soll (*in diesem Sinne auch LSG Baden-WÃ¼rttemberg vom 18.1.2017* âÂ [LÂ 2Â AS 3148/16](#) âÂ *juris RdNrÂ 60*).

Besondere Schwierigkeiten bei der Rechtsanwendung sind selbst in FÃllen, in denen wie hier regelmÃÃig monatlich EinkÃ¼nfte entsprechend der Entgeltabrechnung erzielt und zusÃtzlich VorschÃ¼sse gezahlt werden, nicht zu erkennen (*vgl dazu Geiger in LPK-SGBÂ II, 7.Â Aufl 2021, Â§Â 11b RdNrÂ 67*). Nach dem Monatsprinzip errechnen sich die Erwerbseinnahmen aus dem Bruttobetrag der Abrechnung unter Abzug der zwar abgerechneten, aber schon im Vormonat ausgezahlten VorschÃ¼sse (die nicht im aktuellen Monat zugeflossen sind) und ggf unter Hinzurechnung von im Abrechnungsmonat gezahlten âÂ aber erst im Folgemonat abzurechnendenÂ â VorschÃ¼ssen. Diese Einnahmen sind als Bruttoeinnahmen der Ermittlung des ErwerbstÃtigenfreibetrags zugrunde zu legen und sodann um diesen errechneten Freibetrag, den Grundfreibetrag und die (sich aus der Abrechnung ergebenden und in dieser HÃ¶he âÂ abflieÃendenÂ) Aufwendungen fÃ¼r Steuern, PflichtbeitrÃge zur Sozialversicherung und ggf weitere noch absetzbare Aufwendungen zu mindern. Der verbleibende Betrag ergibt das zu berÃ¼cksichtigende Einkommen. In diesen Konstellationen naturgemÃÃ auftretenden Schwankungen der HÃ¶he des zu berÃ¼cksichtigenden Einkommens ist durch zunÃchst vorlÃufige Entscheidungen auf der Grundlage des [Â§Â 41a SGBÂ II](#) Rechnung zu tragen.

Â

32

Von dem Erwerbseinkommen des S im Monat Februar 2015 iHv 355Â Euro waren danach der Grundfreibetrag von 100Â Euro und ein Erwerbsteilfreibetrag von 51Â Euro (20Â Prozent von 255Â Euro) abzusetzen, sodass sein zu berücksichtigendes Einkommen 204Â Euro betragen hat.

Â

33

Damit errechnet sich für den Monat Februar 2015 ein Leistungsanspruch der Klägerin zuÂ 1 iHv 471,66Â Euro und des Klägers zuÂ 2 iHv 212,20Â Euro. Unter Berücksichtigung des Umstands einer Bedarfsgemeinschaft mit S beträgt für die Klägerin zuÂ 1 (ebenso wie für S) der Bedarf 574,08Â Euro (360Â Euro Regelbedarf nach StufeÂ 2 gemäß [Â§ 20 Abs 4 SGB II](#); 8,08Â Euro Mehrbedarf für Warmwasser nach [Â§ 21 Abs 7 SGB II](#); 206Â Euro Bedarf für KdU). Für den Kläger zuÂ 2 beträgt der Bedarf 442,28Â Euro (234Â Euro Regelbedarf nach StufeÂ 6 und [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 Nr 6 RBEG](#); 2,28Â Euro Mehrbedarf für Warmwasser nach [Â§ 21 Abs 7 SGB II](#); 206Â Euro Bedarf für KdU). Auf den Bedarf nur des Klägers zuÂ 2 ist das für ihn gewährte Kindergeld iHv 184Â Euro anzurechnen ([Â§ 11 Abs 1 Satz 3, 4 SGB II](#)). Entsprechend der sich danach ergebenden Bedarfsanteile in der Bedarfsgemeinschaft (mit S) ist ein Einkommen des S iHv 204Â Euro und ein Einkommen der Klägerin zuÂ 1 iHv 46,92Â Euro (150Â Euro Elterngeld abzüglich eines Freibetrags nach [Â§ 10 Abs 5 Satz 2 BEEG](#) in Höhe des Vorverdienstes im Jahr vor der Geburt des Klägers zuÂ 2 von monatlich durchschnittlich 73,08Â Euro, der sich aus dem Gesamtzusammenhang der Feststellungen des LSG ergibt, und abzüglich weiterer 30Â Euro nach [Â§ 6 Abs 1 Nr 1 Alg II S. 1](#)) zu verteilen, was zu einer Einkommensberücksichtigung bei der Klägerin zuÂ 1 (und bei S) iHv 102,42Â Euro und bei dem Kläger zuÂ 2 iHv (weiteren) 46,08Â Euro führt.

Â

34

Weil der Klägerin zuÂ 1 Grundsicherungsleistungen iHv 546,87Â Euro und dem Kläger zuÂ 2 iHv 247,35Â Euro bewilligt wurden, ist die Aufhebung der Leistungsbewilligung, verbunden mit einem entsprechenden Erstattungsanspruch ([Â§ 50 Abs 1 Satz 1 SGB X](#)) gegenüber der Klägerin zuÂ 1 iHv 75,21Â Euro und gegenüber dem Kläger zuÂ 2 iHv 35,15Â Euro, berechtigt. Soweit die jeweilige Aufhebung über diese Beträge hinausgegangen ist und hierfür Erstattungsansprüche geltend gemacht wurden, sind die Verwaltungsakte des Beklagten rechtswidrig.

Â

35

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§Â 193 SGG](#).

Â

Erstellt am: 01.09.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024